

Dresdner Neueste Nachrichten

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus 2,00 RM. einjährlich. Einmalige Erhöhrung monatlich 2,00 RM. einjährlich. 48 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandabonnenten: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 1spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., Stellenangebote und private Familienanzeigen 6 Rpf., die 79 mm breite mm-Zeile im Textteil 11,10 RM. Nachtrag nach Maßstab 1 oder Mengenspreiße B. Preisgebühr für Illustrierte 30 Rpf. ausf. Port. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 5 gültig.

Postanschrift: Dresden-N. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27981-27983 • Teleg.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktoriapl. 1a; Fernruf: Kurfürst 9361-9366
Postfach: Dresden 2000 - Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Anteils

Nr. 76 * Donnerstag, 1. April 1937 45. Jahrgang

Revolte in den Brüner Waffnerwerken

Prag will die Kleine Entente „untermauern“ - Feierlicher Staatsakt in Hamburg - Italienische Erklärung zur Spanienfrage

Defizit in England

Folge der riesigen Rüstungen
Telegramm unseres Korrespondenten
A. London, 1. April

Das heute nacht zu Ende gegangene Finanzjahr 1936/37 schließt mit einem Defizitbetrag von 5,5 Millionen Pfund Sterling (rund 66 Millionen Mark) ab. Es ist der erste Defizitbetrag im englischen Staatshaushalt seit dem Jahre 1931. Der Voranschlag für dieses Jahr 1936/37 hatte sogar einen Ueberschuss vorgezehen; aber das Zurückbleiben der Steuereinnahmen hinter den eingerechneten Beträgen und die ungeheuren Kosten der englischen Aufrüstung haben jetzt ein Defizit verursacht, obwohl an sich die Einnahmen gestiegen sind.

Die Einnahmen waren um über 44 Millionen Pfund Sterling (etwa 530 Millionen Mark) gegenüber 1935/36 gestiegen; aber die Tatsache, daß sie dennoch unter den Schätzungen zurückgeblieben sind, zeigt, daß man auch am anderen Ende den Grad der Prosperität überschätzt hat. Und auch diese erhöhten Einnahmen sind von den Ausgaben für die Rüstungen übertrifft worden. Allerdings ist die hinter der Regierung stehende Presse der Meinung, daß man eigentlich bei dem riesigen Umfang der Aufrüstung mit einem viel höheren Defizitbetrag hätte rechnen müssen, und sie weist auch darauf hin, daß die Mittel für Schuldenaufnahme aus den ordentlichen Einnahmen ausgebracht werden seien, statt, wie möglich, auf dem Kapitalmarkt. Verlässlicher man das, so schließt das Finanzjahr 1936/37 mit einem tatsächlichen Ueberschuss ab. „Daily Herald“ macht darauf dem Finanzminister sogar den Vorwurf, obwohl ein Defizitbetrag herbeigeführt zu haben, um die Steuererhöhung zu begründen, die das Rüstungsprogramm fordert. Diese Steuererhöhung steht fest; nur über ihren Umfang gehen die Meinungen noch auseinander. Ein Blatt schreibt auch schon von der Möglichkeit einer großen nationalen Verteidigungsanleihe im Umfang von 100 Millionen Pfund, d. h. 1200 Millionen Mark.

Rönigsbotschaft an Indien

Aber Proteststreik in Kalkutta

London, 1. April

König George VI. hat heute, an dem Tage, an dem die indische Verfassung in Kraft tritt, eine Botschaft an die Inder erlassen, in der es heißt: „Ich kann diesen Tag nicht vorübergehen lassen, ohne meinen indischen Untertanen zu versichern, daß meine Gedanken und guten Wünsche bei ihnen sind. Ein neues Kapitel wird eröffnet, und es ist meine schmerzliche Hoffnung und mein Gebete, daß die jetzt gebotenen Gelegenheiten klug und edelmütig für das dauernde Wohlergehen aller meiner indischen Völker genutzt werden.“

Das „größte Verfassungsexperiment in der bisherigen Geschichte“, wie das indische Verfassungsgesetz genannt wird, wird aber nur unter größten Schwierigkeiten in Kraft treten.

Wie aus Kalkutta gemeldet wird, hat die Kongresspartei beschlossen, heute, am Tage des Inkrafttretens der indischen Verfassung, eine Demonstration und einen Proteststreik zu veranstalten. Die Regierung von Kalkutta hat darauf den Kongressführern untersagt, Demonstrationen persönlich anzuführen. Gleichzeitig hat die Polizei bekanntgegeben, daß sie alle unter ihren Schutz stellt, die sich dem Proteststreik nicht anschließen oder ihre Türen offenhalten.

Inzwischen sind in sieben von den elf Provinzen Rinderpestregierungen gebildet worden.

Verteilsstreik während der Rönungsfeierlichkeiten?

London, 1. April

Der Verband der Londoner Omnibusfahrer hat eine Erklärung herausgegeben, wonach ganz London nach Ablauf eines Monats befreit werden wird, falls die Arbeitszeit der Omnibusfahrer nicht um eine Stunde verkürzt wird. Der Streik würde voraussichtlich den gesamten Londoner Verkehr lähmen. Da der Streiktermin nur wenige Tage vor der Rönung liegt, hofft man jedoch in London, daß die freitenden Parteien noch rechtzeitig einigen werden. Andernfalls müßte der Londoner Verkehr ausgerechnet zur Rönungsfeierlichkeiten lahmgelegt werden.

Die Kommunisten heben zum Streik

Der Vorstand der Waffnerwerke zur Berichterstattung nach Prag gerufen

Telegramm unseres Korrespondenten

S. Prag, 1. April

Wie weit es den Funktionären der Dritten Internationale bereits gelungen ist, die Unternehmen der tschechoslowakischen Rüstungsindustrie zu ihren Stützpunkten auszubauen, zeigt ein Vorfall, der sich gestern in den Brüner Waffnerwerken abspielte. Da die kommunistische Werksleitung in diesem Betriebe in der letzten Zeit bedeutliche Formen angenommen hatte, hatte die Betriebsleitung jede politische Agitation unter der Arbeiterchaft verboten. Daraufhin wurde von den Kommunisten eine wohl vorbereitete Demonstration in Szene gesetzt, die ihr Nachspiel im tschechoslowakischen Verteidigungsministerium haben wird. Das Zentralblatt der tschechoslowakischen Kommunisten bezeichnet die Vorfälle in den Brüner Waffnerwerken mit bemerkenswerter Offenheit selbst als einen regelrechten kommunistischen Aufstand.

Nach Bekanntgabe des Nationalratsbeschlusses gegen kommunistische Gruppen durch den Betrieb und gegen

die Arbeiterchaft auf, gegen diese „Provokation der Arbeiterchaft“ zu demonstrieren. Tatsächlich wurde daraufhin die Arbeit in allen Abteilungen der Fabrik niedergelegt. Um 10 Uhr vormittags berieten die Kommunisten eine Versammlung auf einem der großen Fabriksäle ein, an der sich, wie selbst das kommunistische Blatt „Rude Pravo“ angibt, etwa 4000 Arbeiter beteiligten. Es wurde eine Entschlieung gefaßt, in welcher die Kommunisten drohen, bei Außerhaltung des Verbots zu den stärksten Gegenmaßnahmen zu greifen. Es wurde offen mit Streik gedroht und eine zwanzigprozentige Lohnerhöhung gefordert.

In einer Spezialabteilung, der ein Funktionär der tschechoslowakischen Armee vorsteht, wurde von den Kommunisten bei der Betriebsleitung dessen Entlassung gefordert und auch erwirkt. Der Verteidigungsminister hat den Vorstand der Betriebsverwaltung der Brüner Waffnerwerke zur Berichterstattung nach Prag berufen.

Die Ministertkonferenz in Belgrad

Kroftas Bemühungen um einen gegenseitigen Disseleistungspakt

Belgrad, 1. April

Der rumänische Außenminister Antonescu und der tschechoslowakische Außenminister Dr. Krofta trafen zur Konferenz der Kleinen Entente heute vormittag in Belgrad ein. Dr. Krofta gab Pressevertretern eine Erklärung, in der er ausführte, daß sich seit seinem letzten Belgrader Besuch im Vorjahr viele wichtige internationale Ereignisse abgepielt hätten, bei denen Jugoslawien eine hervorragende Rolle zugespielt sei. Es sei natürlich, daß sich die Konferenz auch mit diesen Ereignissen beschäftigen werde. Man dürfe aber von ihr keine sensationellen Beschlüsse erwarten. Die Konferenzen der Kleinen Entente seien nur Mittel für die Zusammenarbeit und hätten keine sensationellen Beschlüsse zu fassen, denn die drei Außenminister der Kleinen Entente ständen miteinander in ständiger Verbindung.

Die Blätter veröffentlichten anlässlich der Konferenz längere Artikel. Das halbamtliche „Vreme“ führt aus, daß sich die Zeiten änderten, die Kleine Entente

aber bleibe. Sie habe ihre historische Mission nicht erfüllt, vielmehr ständen neue Aufgaben vor ihr, und sie stelle durch ihre Arbeit alle falschen Darstellungen in Abrede.

„Politika“ veröffentlicht einen längeren Artikel des früheren tschechoslowakischen Außenministers, in dem dieser u. a. ausführt, daß die Bedeutung der heutigen Konferenz der drei Außenminister durch die letzten Erklärungen Dr. Kroftas vor dem tschechoslowakischen Senat und über die Notwendigkeit der „Koordinierung“ der Politik der Kleinen Entente gegeben sei.

Belgradschon deutet damit eines der Hauptthemen der Konferenz an, den tschechoslowakischen Vorschlag für den Ausbau des Kleinen Entente-Paktes. So wird auf die Bemühungen des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Dr. Dobsiha hingewiesen, eine Annäherung zwischen Desterreich, Ungarn und der Kleinen Entente herbeizuführen. Diese Versuche, den Donauraum aus eigener Kraft zu organisieren, verdienen volle Aufmerksamkeit.

Frankreich bangt um seine Donaupolitik

Schlechte Aussichten für den Beistandspakt zwischen Frankreich und der Kleinen Entente

Telegramm unseres Korrespondenten

H. Paris, 1. April

In Pariser politischen Kreisen verfolgt man mit höchstem Interesse die heute in Belgrad beginnende Konferenz der Kleinen Entente. Wie der „Oeuvre“ meint, soll der heutige Tag schon die Entscheidung darüber bringen, ob Jugoslawien bereit sei, dem französischen Vorschlag auf Abschluß eines Sicherheits- und Disseleistungspaktes zwischen Frankreich und der Kleinen Entente zuzustimmen. Falls, was zu befürchten sei, Stojadinowitsch endgültig den Vorschlag zurückweisen sollte, hätte

Frankreich auf dem Balkan eine große Partie verloren.

Der Artikel 2 des italienisch-jugoslawischen Abkommens gebe Jugoslawien mehr oder weniger die Möglichkeit, im Falle eines Konflikts volle Neutralität zu wahren. In diesem Falle würde die Balkanpolitik eine für Frankreich unangenehme Wendung nehmen. „Oeuvre de Paris“ glaubt voraussetzen zu können, daß Jugoslawien nur immer wieder ablehnen werde. Es habe sich im Vertrag mit Italien verpflichtet, keinerlei neue Bindungen dieser Art einzugehen. Man müsse damit rechnen, daß sich Jugoslawien noch näher an die Achse Rom-Berlin anschließen werde. Man dürfe sich nicht verheßen, daß die

Kleine Entente demnach nur noch ein Phantom darstellen werde, falls Stojadinowitsch seine Politik fortsetzen sollte.

„Schleichende Krise“

Budapest, 1. April

Zum Beginn der Belgrader Tagung der Kleinen Entente schreibt der tschechoslowakische Außenminister, „Vester Lloyd“, die Tagung finde in einer politischen Atmosphäre statt, in der man bereits von einer Verschärfung der schleichenden Krise dieses politischen Dreistaatenverbandes sprechen könne. Der Abschluß des italienisch-jugoslawischen Paktes habe in Prag Bestürzung ausgelöst und sei offen als eine Ueberrumpfung empfunden worden.

Das Hauptprogramm der Belgrader Tagung bilde die Frage eines gegenseitigen Disseleistungspaktes zwischen den drei Mitgliedstaaten der Kleinen Entente. Der Plan sei ursprünglich von französischer Seite ausgegangen und werde jetzt energisch von Prag aus betrieben. Auf jugoslawischer Seite lehne man jedoch diesen Plan ab, weil die jugoslawische Diplomatie die Politik der freien Hand vertrete und der Methode des Kollektiv-Paktes äußerst mißtraulich gegenüberstehe. Da auf diesem Gebiet ein positives Ergebnis der Konferenz nicht zu erwarten sei, wolle die tschechoslowakische Diplomatie jetzt schon den Gedanken einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Donauraumstaaten als dem Hauptprogramm der Belgrader Konferenz hinstellen. Eine wirtschaftliche Untermauerung der Kleinen Entente habe sich jedoch bereits vor Jahrgang als unmöglich erwiesen.

England und die Welt

Die Neuorientierung der englischen Außenpolitik

Von unserem A-Korrespondenten

II. London, Ende März

Welches Interesse hat England an den Dingen in Zentraluropa? Kann es dem Inselland, das mit keiner einzigen europäischen Nation auch nur die bescheidenste Grenze hat, nicht völlig gleichgültig sein, was in irgendeinem Teil des übrigen Europa geschieht?

Es ist ein Gemeinplatz, wenn man feststellt, daß England, seiner isolierten Lage zum Trost, dennoch zum europäischen Kontinent gehört. Eine Politik der „splendid isolation“ ist heute nicht mehr möglich und sein wirklich maßgebender Engländer vertritt heute eine solche politische Forderung. Was England heute an Europa interessiert, ist aber nicht anders, als seine eigene Sicherheit und die seiner Abhängigkeitsgebiete. Aus dem Bewußtsein konzentrischer Kriegserinnerungen ist die englische Idee eines Schutzes der belgischen und französischen Grenze geboren worden. Die jetzt schwebenden Verhandlungen mit Belgien gehen im Grunde von England aus, gesehen daraus, zu verhindern, daß noch einmal Belgien als eine Operationsbasis gegen England benutzt werden könnte.

England ist, wie die Medien des Schatzkanzlers Neville Chamberlain und auch des Außenministers Eden gezeigt haben, bereit, im Rahmen eines neuen Locarnopaktes seine automatische Disseleistungspflichtung auch auf Deutschland auszuweiten. Der Sinn dieses Angebotes ist völlig klar: England möchte es schon seiner eigenen Sicherheit wegen unter allen Umständen vermeiden, daß es in Westeuropa oder genauer gesagt in aller nächster Nähe Englands noch einmal zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommt. Bis hierhin ist das englische Bild eindeutig. Ja, man kann weitergehen und sagen, es besteht nicht die geringste Aussicht, daß England westeuropäischer Fragen wegen jemals in die Lage kommt, seine automatische Disseleistungspflichtung zu honorieren. Der Führer hat mehrfach und mit allem Nachdruck erklärt, daß es zwischen Deutschland und Frankreich keine territorialen Streitfragen gibt. Der Führer hat weiterhin Belgien und Holland eine Garantie ihrer Neutralität angeboten. Es ist unter diesen Umständen völlig ausgeschlossen, daß die englische Disseleistungspflichtung jemals praktisch werden könnte.

Der französisch-russische Pakt schafft Beunruhigung

Seiner aber ist das Bild nicht so einfach. Der französisch-russische Pakt mit seinen Abhängigkeiten hat in dieses friedliche Bild eine schwere Unruhe hineingetragen. Im Gegensatz zu Deutschland ist man in England erstlich der Ansicht, daß dieser Pakt sich im Rahmen der Völkerverbundgründung halte und sogar englische Kronjuristen vertreten die Meinung, daß, wenn Frankreich auf Grund seiner Paktverpflichtung zum Kriege schreite, es nicht als Angreifer im technischen Sinne betrachtet werden könne. In dieser Hinsicht läßt ein schwerer Zwiespalt zwischen der englischen und der deutschen Ansicht, und es ist bisher nur in einem bescheidenen Grade gelungen, die Klüfte zu verengen.

Um die englische Haltung in der europäischen Politik aber vollkommen zu verstehen, muß man vor einer weiteren englischen Ansicht beruhen, die man nur mit dem Worte „grotesk“ bezeichnen kann. In jüngster Zeit liegt man es, den Franco-Sowjetpakt und die Achse Rom-Berlin gleichzeitig zu behandeln, und nach englischer Ansicht scheiden sich diese beiden Linien - in der Tschechoslowakei.

Von dieser Ansicht ausgehend, erklärt sich das starke Interesse Englands an den tschechoslowakischen Fragen und zugleich das Bemühen zahlreicher Prager Stellen, England noch mehr als bisher an den tschechoslowakischen Problemen zu interessieren. Gerade weil man in England die tschechoslowakischen Probleme nur in Verbindung mit dem Paktismus sieht, vertritt man auch die Ansicht, daß eine Auseinandersetzung mit der Tschechoslowakei keine lokale Angelegenheit ist, sondern unweigerlich eine Reihe von größeren Staaten mit einbezieht.

Im Gegensatz zu Frankreich, das durch Verträge gebunden ist, hat England zunächst kein direktes Interesse an der Tschechoslowakei. In England ist man es aber gewohnt, politische Entscheidungen in größere Zusammenhänge einzuordnen. Das ist für ein Land, das ein Weltreich in sämtlichen Teilen der Erde zu regieren hat, eine Notwendigkeit. Man kann aber auch gute Eigenschaften übertreiben und so in ihr Gegenteil verkehren. Das zeigt sich in immer